Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht 2008

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen vierzehnten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 20. Februar 2009

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Die Präsidentin

Christine Grünig

Der Generalsekretär

Robert Schnetzer

Inhalt

Das vierzehnte Berichtsjahr

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Entwicklung der Eingänge im Berichtsjahr	7
1.2	Rückblick über die vergangenen drei Jahre	7
1.3	Prozessdauer	8
2.	**Plenum und Geschäftsleitung**	11
2.1	Amtsantritt von Sozialversicherungsrichterin Dr. Alexia Heine	11
2.2	Rücktritt von Sozialversicherungsrichterin Dr. Brigitte Pfiffner Rauber	11
2.3	Organisation	11
3.	**Schulung und Weiterbildung**	13
4.	**Rechtsprechung**	15
5.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	17
6.	**Personelles**	19
6.1	Auslastung Stellenplan	19
6.2	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	19
6.3	Belegschaft	20
7.	**Sachliche Zuständigkeit**	25
7.1	Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts	25
7.2	Zuständigkeit des Schiedsgerichts	26
8.	**Statistische Übersichten**	27
8.1	Sozialversicherungsgericht	27
8.2	Schiedsgericht	31
Abkürzungen		33

Das vierzehnte Berichtsjahr

1. Überblick

Im Berichtsjahr sind insgesamt 2'702 Beschwerden und Klagen eingegangen, 11.7 % weniger als im Vorjahr 2007 mit 3'061 Eingängen. Erledigt wurden in derselben Zeit 2'494 Verfahren, etwa gleich viel wie im Vorjahr mit 2'503 Erledigungen (minus 0.4 %). Als Pendenzen blieben am Ende des Berichtsjahres 3'016 Fälle, was einem Anstieg von 7.4 % gegenüber dem Vorjahr mit 2'808 Pendenzen entspricht.

1.1 Entwicklung der Eingänge im Berichtsjahr

In fast allen Rechtsgebieten, die aufgrund der Anzahl Beschwerden am stärksten vertreten sind, haben die Eingänge im Berichtsjahr abgenommen. Im Bereich der Krankenversicherung etwa sind die Neueingänge gegenüber dem Vorjahr von 144 auf 113 Fälle zurückgegangen (- 21.5 %), im Bereich der Unfallversicherung von 554 auf 438 (- 20.9 %), bei der Invalidenversicherung von 1'588 auf 1'321 (- 16.8 %) sowie bei der Arbeitslosenversicherung von 420 auf 389 (- 7.4 %). Zugenommen haben die Eingänge hingegen im Schadenersatzbereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung, und zwar von 36 auf 50 Neueingänge (+ 38.9 %), und besonders ausgeprägt bei den Streitigkeiten im Bereich der Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung von 40 auf 116 Eingänge (+ 190 %).
(vgl. dazu „Statistische Übersichten", S. 27 des vorliegenden Berichts)

1.2 Rückblick über die vergangenen drei Jahre

Angesichts der Anzahl Neueingänge in den vergangenen drei Jahren drängt sich ein Vergleich des Berichtsjahres 2008 mit dem Jahr 2006 auf: Während im Zwischenjahr 2007 mit 3'061 Eingängen ein Höchststand seit dem Jahre 2000 (3'356 Eingänge) erreicht worden ist, liegen das Jahr 2006 mit 2'715 und das Berichtsjahr 2008 mit 2'702 Eingängen nahe beieinander. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, weisen die beiden Jahre jedoch eine wesentlich andere Verteilung auf die einzelnen Rechtsgebiete auf:

	2006	2008	Veränderung Anzahl Fälle	Veränderung in %
Invalidenversicherung	1'202	1'321	+ 119	+ 10 %
Zusatzleistungen (Statistikkategorie „Übrige")	44	116	+ 72	+ 164 %
Unfallversicherung	401	438	+ 37	+ 9 %
Opferhilfe, Militärversicherung, Erwerbsersatzordnung	18	19	+ 1	+ 6 %
Kinderzulagen, Rechtshilfe, Gesamtgericht (Statistikkategorie „Übrige")	26	22	- 4	- 15 %
Krankenversicherung	138	113	- 25	- 18 %
Alters- und Hinterlassenenversicherung	215	166	- 49	- 23 %
Berufliche Vorsorge	171	118	- 53	- 31 %
Arbeitslosenversicherung	500	389	- 111	- 22 %
Total	**2'715**	**2'702**	**- 13**	**- 0.5 %**

Damit bestätigt sich der in den vergangenen Rechenschaftsberichten bereits mehrfach erwähnte Trend, wonach die Neueingänge in den für das Gericht besonders arbeitsintensiven Bereichen der Invalidenversicherung und der Unfallversicherung weiterhin im Ansteigen begriffen sind, während insbesondere die eher einfacheren und weniger umfangreichen Dossiers der Arbeitslosenversicherung immer noch abnehmen. Der geradezu sprunghafte Anstieg der Eingänge im Bereich der Zusatzleistungen lässt sich durch den Umstand erklären, dass seit Inkrafttreten des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) im Januar 2003 auch bei Streitigkeiten über Zusatzleistungen das Einspracheverfahren gilt, welches mit dem Wegfall der bisherigen Beschwerdeinstanz der Bezirksräte verbunden ist. Die vom Regierungsrat des Kantons Zürich seinerzeit verordnete Übergangsfrist bis zur definitiven Aufhebung dieser Instanz ist Ende 2007 abgelaufen. Seit 1. Januar 2008 sind die Beschwerden gegen Einspracheentscheide der Sozialbehörden im Bereich der Zusatzleistungen direkt beim Sozialversicherungsgericht anzufechten.

1.3 Prozessdauer

Die durchschnittliche Prozessdauer ist gegenüber dem Vorjahr mit rund 10.5 Monaten auf 12.4 Monate im Berichtsjahr angestiegen. Das Sozialversicherungsgericht nimmt dies mit Besorgnis zur Kenntnis, und es wird mit allen Mitteln versuchen, die Prozessdauer wieder auf einen für die Rechtsuchenden annehmbaren Wert von unter einem Jahr zu senken.

Ein Hinweis allgemeiner Natur soll an dieser Stelle jedoch ebenfalls Beachtung finden: Die angegebene durchschnittliche Prozessdauer belegt den gesamten Zeitraum zwischen Eingang eines Falles und Erledigungsdatum. Mitumfasst ist dabei die Zeitspanne zwischen Eingang und Spruchreife des Falles, während welcher verschiedene prozessuale Schritte anstehen (Schriftenwechsel, allfällige Beweisverfahren, Anordnung von weiteren Abklärungen bei Ärzten oder Arbeitgebern, Erteilung von Gutachtensaufträgen, etc.), die ihrerseits durch Fristerstreckungen zugunsten der prozessführenden Parteien teilweise erheblich in die Länge gezogen werden können, und auf die das Gericht keinen prozessbeschleunigenden Einfluss nehmen kann.

2. Plenum und Geschäftsleitung

2.1 Amtsantritt von Sozialversicherungsrichterin Dr. Alexia Heine per 1. April 2008

Per 31. Oktober 2007 war Dr. Thomas Faesi infolge seiner Wahl zum Ombudsmann des Kantons Zürich als Sozialversicherungsrichter zurückgetreten. Zur Nachfolgerin des Zurückgetretenen wählte der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 4. Februar 2008 Dr. Alexia Heine. Sie hat ihr Amt am Sozialversicherungsgericht am 1. April 2008 angetreten.

2.2 Rücktritt von Sozialversicherungsrichterin Dr. Brigitte Pfiffner Rauber per 31. Dezember 2008

Sozialversicherungsrichterin Dr. Brigitte Pfiffner Rauber, Mitglied des Gerichts seit Betriebsaufnahme am 1. Januar 1995 und seit 1. Juli 2007 dessen 1. Vizepräsidentin, ist am 1. Oktober 2008 von der Vereinigten Bundesversammlung zur Bundesrichterin gewählt worden und per 31. Dezember 2008 als Sozialversicherungsrichterin zurückgetreten.

2.3 Organisation

Geschäftsleitung

Vorsitz	Grünig Christine, Gerichtspräsidentin
Mitglieder	Pfiffner Rauber Brigitte, 1. Vizepräsidentin
	Daubenmeyer Verena
	Hurst Robert

Zusammensetzung der Kammern

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine, Gerichtspräsidentin
	Mitglieder	Bürker-Pagani Rosanna
		Heine Alexia (ab 1. April 2008)
	Ersatzmitglied	Maurer Reiter Edith
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Mitglieder	Meyer Beat
		Pfiffner Rauber Brigitte, 1. Vizepräsidentin
		Walser Hermann
	Ersatzmitglieder	Imhof Edgar
		Romero-Käser Irene

III. Kammer	Vorsitz	Spitz Ueli, Vizepräsident
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglied	Condamin-Voney Gertrud
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs, Vizepräsident
	Mitglieder	Hurst Robert
		Weibel-Fuchs Rosetta
	Ersatzmitglieder	Arnold Gramigna Christa
		Gräub Erich

Angegliedertes Schiedsgericht

Leitendes Mitglied	Pfiffner Rauber Brigitte
Stellvertreter	Spitz Ueli

3. Schulung und Weiterbildung

Im Rahmen von öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren sind im Berichtsjahr, mit Kostenübernahme durch das Sozialversicherungsgericht sowie mit Anrechnung des entsprechenden individuellen Zeitaufwandes, insgesamt 53 Veranstaltungstage belegt worden. Im Rahmen des Weiterbildungsangebots der kantonalen Verwaltung (Finanzdirektion/Personalamt) und des Obergerichts des Kantons Zürich wurden weitere 15 Veranstaltungstage zu Themen aus den Bereichen Führung und Verwaltungsorganisation besucht.

Zudem wurde im Berichtsjahr (neben der bereits im Rechenschaftsbericht 2007 angeführten Weiterbildung vom Januar 2008 zum Thema ‚Subjektiv invalidisierend - medizinisch nicht objektivierbar') folgende interne Veranstaltung mit einem externen Fachreferenten organisiert:

- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Neuerungen der 5. IVG-Revision: Rechtliche Knacknüsse / Neue IV-Textbausteine' (Referent: Ralf Kocher, Fürsprecher, Leiter Rechtsdienst beim Geschäftsfeld IV des Bundesamtes für Sozialversicherung; Referentin: Rosanna Bürker-Pagani, Richterin am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich)

4. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

5. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte hat im Berichtsjahr insgesamt drei Sitzungen abgehalten. Folgende Geschäfte wurden dabei behandelt:

- Einführung von Case Management an den obersten kantonalen Gerichten: Der Regierungsrat des Kantons Zürich hatte mit RRB Nr. 1569 vom 24. Oktober 2007 die Einführung von Case Management in der kantonalen Verwaltung per 1. April 2008 beschlossen. Da der genannte RRB die obersten kantonalen Gerichte für ihre Bereiche als Entscheidinstanz über die Einsetzung des Case Managements im Einzelfall ausdrücklich erwähnt, hat die Verwaltungskommission beschlossen, keine abweichenden Bestimmungen zu erlassen und sich dem Beschluss des Regierungsrates anzuschliessen.
- Leitfaden 2008 der Bundeskanzlei zur deutschen Rechtschreibung: Die Verwaltungskommission hat beschlossen, den mit RRB Nr. 666 vom 7. Mai 2008 für die kantonale Verwaltung eingeführten Leitfaden 2008 der Bundeskanzlei zur deutschen Rechtschreibung für ihre eigenen Bereiche ebenfalls als anwendbar zu erklären.
- Wahl einer Vertretung der obersten kantonalen Gerichte in die Projektgruppe „e-Government“: Mit RRB Nr. 667 vom 7. Mai 2008 hat der Regierungsrat eine Projektgruppe mit der Bearbeitung des Komplexes „e-Government“ beauftragt. Die Verwaltungskommission hat Dr. Paul Zimmermann, Generalsekretär des Obergerichts, als Delegierten der obersten Gerichte in die Projektgruppe berufen.

Der Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte hat auf dem Zirkularweg

- Dr. Heinrich Andreas Müller, Präsident des Obergerichts, zum Vertreter der Gerichte im begleitenden Ausschuss der Finanzkontrolle gewählt und
- die zur Anpassung der Akteneinsichtsverordnung an das auf 1. Oktober 2008 in Kraft getretene Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) notwendige Änderung von § 7 beschlossen sowie hinsichtlich der Erhebung von Kosten für die Abgabe von Kopien an Dritte und die Überlassung von Akten aus den Archiven die Anwendung von § 29 IDG in Verbindung mit § 35 der Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) statuiert.

Im Übrigen ist die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte zu folgenden Vorlagen und Anträgen der Regierung zur Vernehmlassung eingeladen worden:

- Vorentwurf eines Bundesgesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Straf- und Zivilprozess (VE-GOG)
- Richtlinien des Regierungsrates über „Flächennutzung und Dienstleistungen“
- Änderung der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz betreffend Ferienanspruch
- Vorentwurf zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden bis 30. Juni 2008 präsidiert von lic. iur. Christine Grünig, Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts. Als Vizepräsident amtete bis zu diesem Zeitpunkt Dr. iur. Rainer Klopfer, Präsident des Obergerichts. Am 1. Juli 2008 übernahm der auf dieses Datum hin neu gewählte Obergerichtspräsident Dr. iur. Heinrich Andreas Müller das Präsidium der Verwaltungskommission und des Plenarausschusses der obersten kantonalen Gerichte. Auf denselben Zeitpunkt hin wurde Prof. Dr. Moritz Kuhn, Präsident des Kassationsgerichts, zum neuen Vizepräsidenten gewählt.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Grünig Christine

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Grünig Christine
- Daubenmeyer Verena
- Hurst Robert
- Pfiffner Rauber Brigitte
- Spitz Ueli

6. Personelles

6.1 Auslastung Stellenplan

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

- Richter/innen 100 % von 9 Vollstellen (99.4 % von 9 Vollstellen)
- Jur. Sekretariat 93.1 % von 42.3 Vollstellen (90.2 % von 39 Vollstellen)
- Adm. Kanzlei 95.2 % von 10 Vollstellen (97.1 % von 10 Vollstellen)
- Gesamtgericht 94.5 % von 61.3 Vollstellen (92.7 % von 58 Vollstellen)

6.2 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen Vollstellen: 9 (8.95)	Weiblich	7 (6)	54 (46)	Vollzeit	4 (4)	31 (31)
	Männlich	6 (7)	46 (54)	Teilzeit	9 (9)	69 (69)
	Total	13 (13)	100	Total	13 (13)	100
Ersatzrichter/innen Einsatz im Umfang von 1.62 (1.62) Vollstellen	Weiblich	4 (4)	67 (67)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
	Männlich	2 (2)	33 (33)	Teilzeit	6 (6)	100 (100)
	Total	6 (6)	100	Total	6 (6)	100
Juristisches Sekretariat Vollstellen: 39.4 (38.14)	Weiblich	30 (33)	58 (58)	Vollzeit[3)]	26 (28)	50 (49)
	Männlich	22 (24)	42 (42)	Teilzeit	26 (29)	50 (51)
	Total	52 (57)	100	Total	52 (57)	100
Administrative Kanzlei Vollstellen: 9.52 (9.71)	Weiblich	14 (15)	87 (94)	Vollzeit[3)]	6 (6)	38 (38)
	Männlich	2 (1)	13 (6)	Teilzeit	10 (10)	62 (62)
	Total	16 (16)	100	Total	16 (16)	100
Gesamt[1)] Vollstellen[2)]: 57.92 (56.8)	Weiblich	53 (56)	63 (64)	Vollzeit[3)]	36 (38)	43 (43)
	Männlich	31 (32)	37 (36)	Teilzeit	48 (50)	57 (57)
	Total	84 (88)	100	Total	84 (88)	100

[1)] 3 Personen waren gleichzeitig als Ersatzrichter/innen und als juristische Sekretär/innen eingesetzt und sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt

[2)] exkl. Ersatzrichter/innen

[3)] Die Mitarbeitenden mit einem Beschäftigungsgrad von 90 % werden analog zur kantonalen Personalstatistik als Vollzeitbeschäftigte ausgewiesen (zur Zeit acht Mitarbeitende)

6.3 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
- Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur.
- Daubenmeyer Verena, lic. iur.
- Engler Urs, lic. iur.
- Grünig Christine, lic. iur.
- Heine Alexia, Dr. iur. *
- Hurst Robert, Dr. iur.
- Meyer Beat, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Pfiffner Rauber Brigitte, Dr. iur. **
- Spitz Ueli, lic. iur.
- Walser Hermann, Dr. iur.
- Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Gräub Erich, lic. iur.
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Romero-Käser Irene, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

  Generalsekretär:

  - Schnetzer Robert, Dr. iur.

  Stellvertretende Generalsekretärin:

  - Palffy Stefanie, lic. iur.

  Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

  - Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

  Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

  - Ernst Jörg, lic. iur.

  EDV-Support:

  - Pfenninger Sascha, Informatiker **

  Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

  - Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretariate**

  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Peter Oliver, lic. iur.
  - Tanner Imfeld Monika, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**

  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.
  - Brugger Markus, lic. iur.
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Costa Janine, lic. iur.

- Dall'O-Bernardini Pascale, Dr. iur.
- Eggenberger Lukas, lic. iur. *
- Epprecht Michèle, lic. iur. *
- Ernst Jörg, lic. iur.
- Fischer Antonia, lic. iur.
- Fraefel Thomas, Dr. iur.
- Gasser Küffer Birgit, lic. iur. **
- Gräub Erich, lic. iur.
- Grieder-Martens Annette, lic. iur.
- Häny Iris, lic. iur.
- Hartmann Irène, lic. iur.
- Heimgartner Vanessa, lic. iur.
- Klemmt Yves-Alain, lic. iur.
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Kraus Ulrike, lic. iur.
- Kübler-Zillig Judith, lic. iur.
- Lienhard Stefanie, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Meili Sandra, lic. iur.
- Paradiso Pasquale, lic. iur.
- Philipp Regula, lic. iur. *
- Sager Rahel, lic. iur.
- Schetty Alain, lic. iur.
- Sonderegger Stefan, lic. iur.
- Spross Sabine, lic. iur.
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Tettamanti Eva, lic. iur. **
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Trüssel Andrea, lic. iur.
- Vieli Corinne, lic. iur.

- Vogel Christian, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.
- Von Aesch Kamer Susanne, lic. iur.
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Banholzer Jonas, Lernender/KV * (1. Lehrjahr)
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Bietenhader Tobias, Lernender/KV ** (1. Lehrjahr)
  - Di Nucci Giovanna *
  - Dopp Ilse-Maria
  - Hasler Sonja **
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Marty Jrene
  - Muralt Susanne
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab 1. Januar 2008)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis 31. Dezember 2008)

7. Sachliche Zuständigkeit

7.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 und 4 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89bis Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über privatrechtliche Streitigkeiten zwischen Versicherungsunternehmen oder zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach Art. 85 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (VAG)
- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes

Gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht entscheidet dieses endgültig über folgende kantonalrechtliche Streitigkeiten:

- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden nach § 27 des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss §§ 28 und 29 EG KVG

7.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

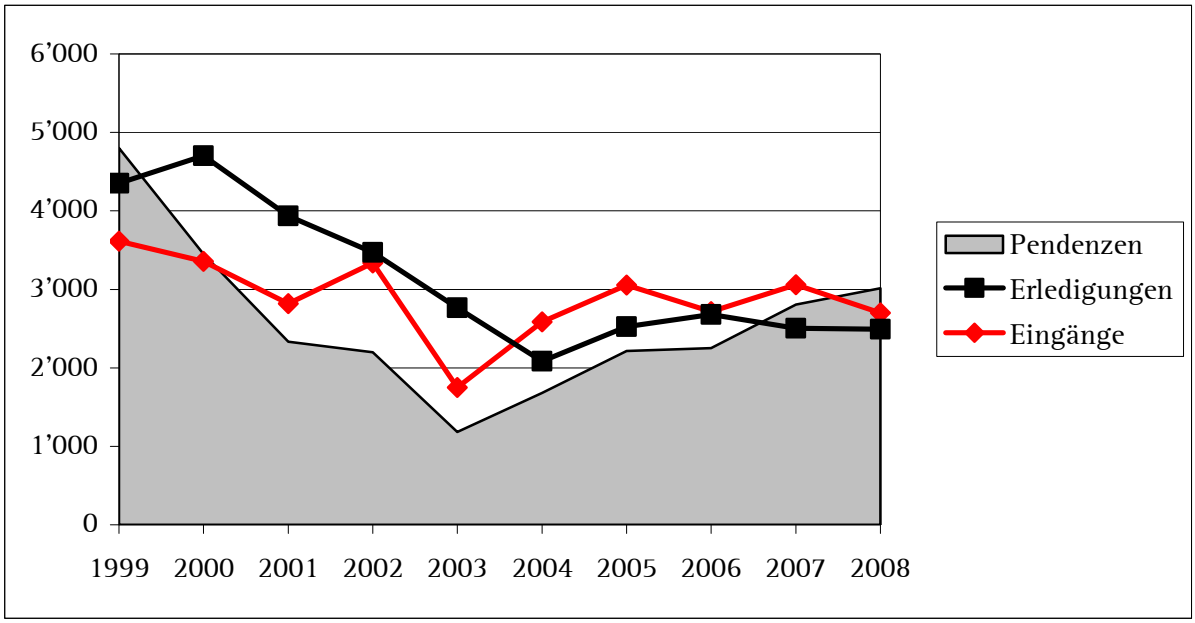
Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 35 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG), Art. 26 Abs. 4 und Art. 27^{bis} des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG).

8. Statistische Übersichten

8.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand (Eingänge, Erledigungen und Pendenzen)**

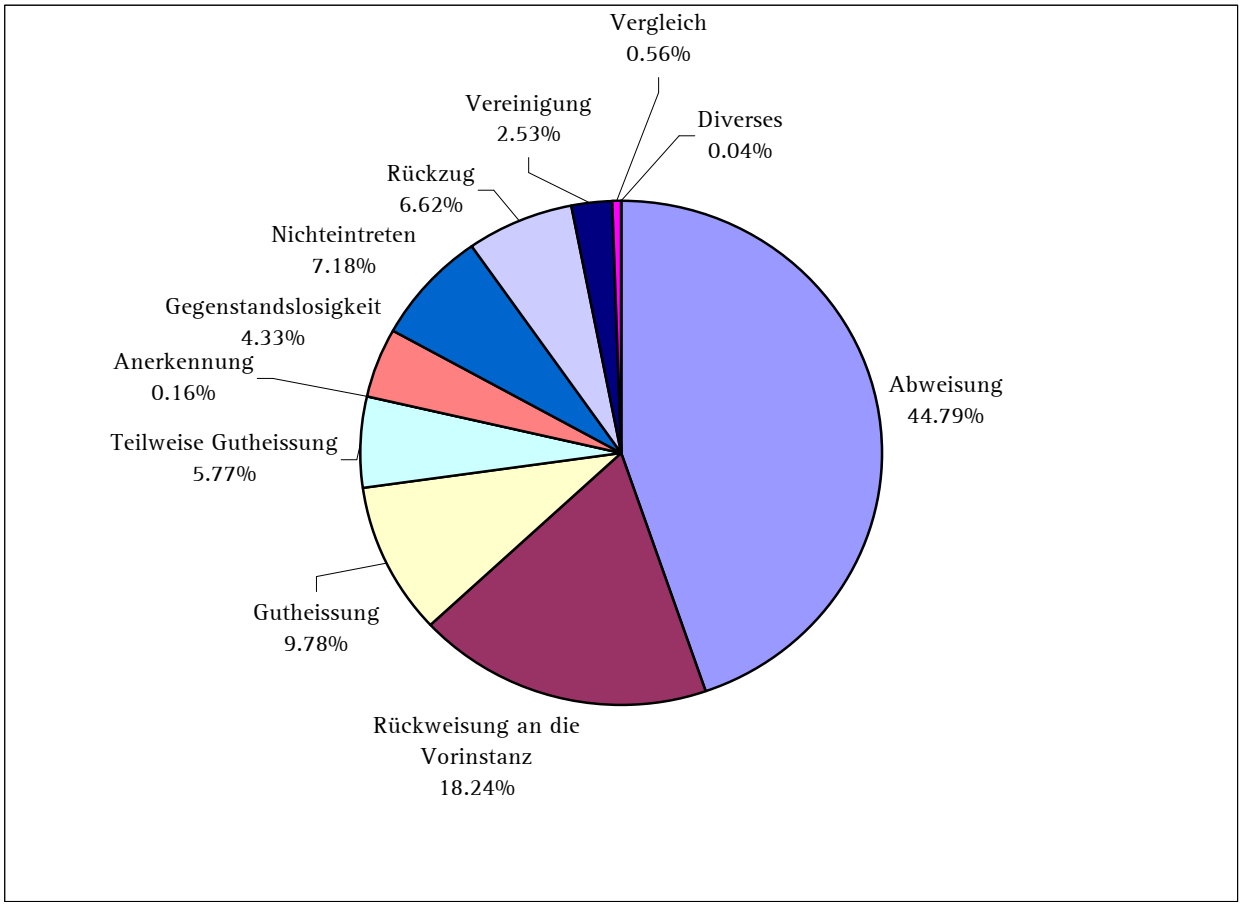
	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (ohne Schadenersatz)	102	116	112	106
AHVG (Schadenersatz)	40	50	45	45
AVIG	371	389	348	412
BVG	126	118	119	125
EOG	2	6	4	4
IVG	1'362	1'321	1'236	1'447
KVG	144	113	123	134
MVG	4	2	1	5
OHG	13	11	12	12
UVG	584	438	395	627
Übrige	60	138	99	99
2008	**2'808**	**2'702**	**2'494**	**3'016**
2007	2'250	3'061	2'503	2'808
Differenz in %		- 11.7 %	- 0.4 %	+ 7.4 %



	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Eingänge	3'615	3'356	2'818	3'335	1'751	2'585	3'054	2'715	3'061	2'702
Erledigungen	4'352	4'704	3'935	3'473	2'767	2'084	2'523	2'678	2'503	2'494
Pendenzen	4'800	3'452	2'335	2'197	1'181	1'682	2'213	2'250	2'808	3'016

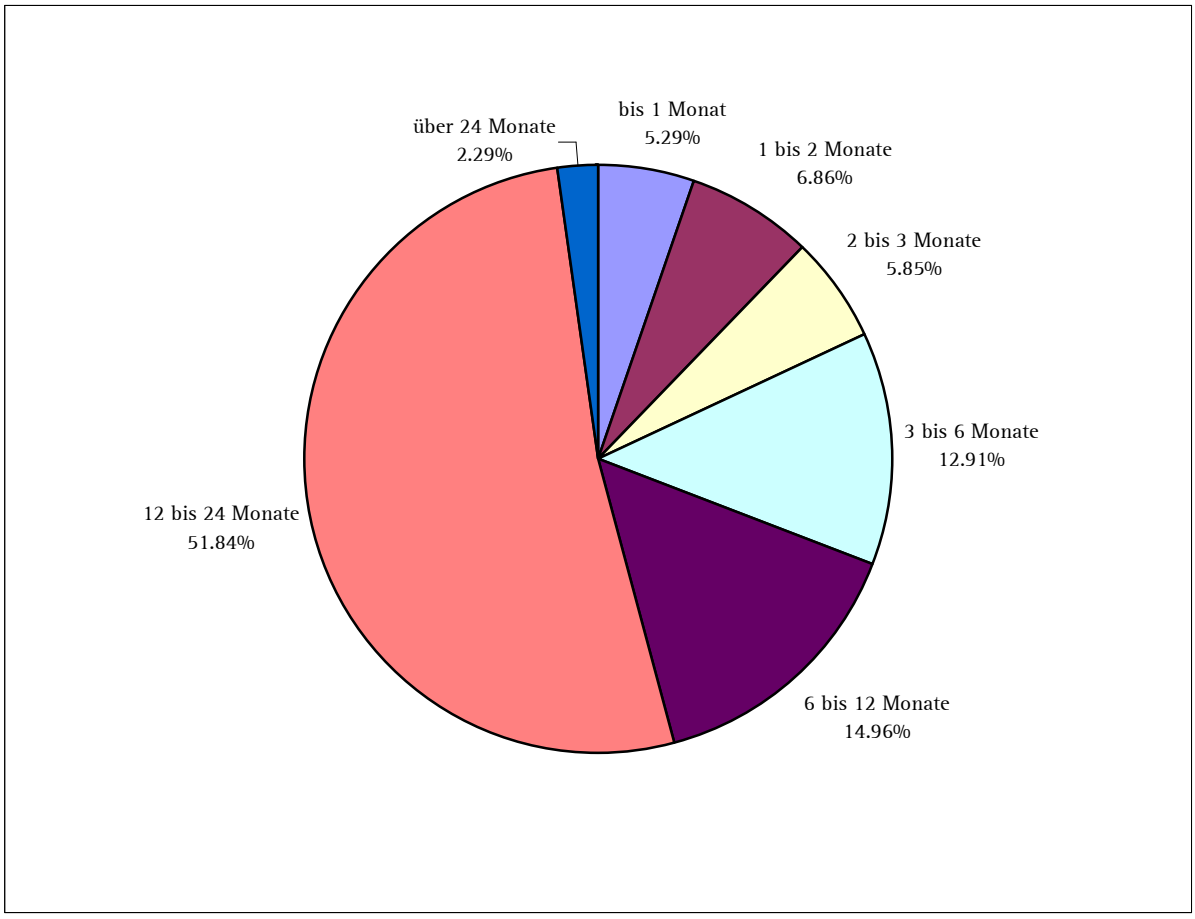
- **Erledigungsart**

	Abweisung	Rück-weisung	Gut-heissung	Teilw. Gut-heissung	Aner-kennung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (ohne SE)	34	13	21	6	0	7	15	9	7	0	0	112
AHVG (SE)	14	3	2	10	0	3	6	1	6	0	0	45
AVIG	181	28	63	21	0	13	27	6	9	0	0	348
BVG	41	0	27	13	3	2	16	13	0	4	0	119
EOG	2	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	4
IVG	484	349	94	59	0	71	56	90	27	5	1	1'236
KVG	43	9	12	18	1	8	16	12	0	4	0	123
MVG	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
OHG	8	1	0	2	0	0	1	0	0	0	0	12
UVG	262	39	14	10	0	4	22	30	13	1	0	395
Übrige	48	12	10	5	0	0	19	4	1	0	0	99
2008	**1'117**	**455**	**244**	**144**	**4**	**108**	**179**	**165**	**63**	**14**	**1**	**2'494**
2007	1'012	429	287	163	14	119	206	174	77	21	1	2'503



Verfahrensdauer (in Monaten)

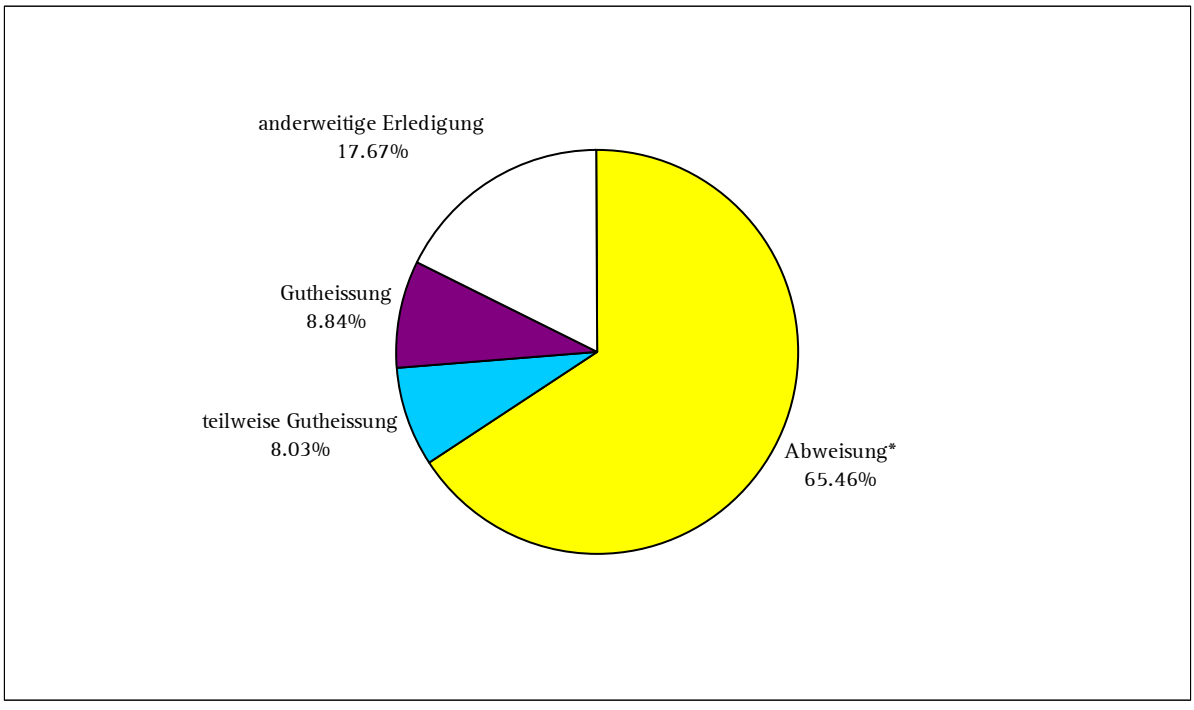
	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	13	19	9	15	6	48	2	112
AHVG (Schadenersatz)	6	5	4	4	5	19	2	45
AVIG	21	33	19	29	71	171	4	348
BVG	9	11	6	19	14	53	7	119
EOG	0	1	0	0	3	0	0	4
IVG	44	59	78	203	190	643	19	1'236
KVG	6	17	8	4	20	66	2	123
MVG	0	0	0	0	0	0	1	1
OHG	1	1	0	0	0	9	1	12
UVG	20	15	17	27	44	257	15	395
Übrige	12	10	5	21	20	27	4	99
2008	**132**	**171**	**146**	**322**	**373**	**1'293**	**57**	**2'494**
2007	153	185	225	398	507	1'005	30	2'503



- **Vom Bundesgericht (sozialrechtliche Abteilungen) erledigte Prozesse**

	Abweisung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	anderweitige Erledigung	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	4	1	0	2	7
AHVG (Schadenersatz)	0	0	0	1	1
AVIG	17	1	4	8	30
BVG	14	4	1	3	22
EOG	0	0	0	0	0
IVG	77	4	12	12	105
KVG	6	0	1	2	9
MVG	0	0	0	0	0
OHG*	1	0	0	1	2
UVG	43	9	4	11	67
Übrige	1	1	0	4	6
2008	**163**	**20**	**22**	**44**	**249**
2007	333	36	64	96	529

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse



* Entscheide des Sozialversicherungsgerichts in Rechtskraft erwachsen

Vergleich „Umkehrquote“ Bundesgericht

- Gesamtschweizerisch 22.6 % (Vorjahr 23.0 %)
- Sozialversicherungsgericht ZH 16.9 % (Vorjahr 18.9 %)

8.2 Schiedsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2008	**18**	**17**	**12**	**23**
2007	18	12	11	19

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2008	**0**	**3**	**0**	**0**	**2**	**1**	**3**	**1**	**2**	**0**	**12**
2007	0	1	1	0	1	4	3	0	1	0	11

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2008	**1**	**1**	**2**	**3**	**0**	**2**	**3**	**12**
2007	0	2	0	1	3	2	3	11

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen